

News Archiv 2019

2019-02-22 13:31

[SPÖ kritisiert Anstieg der Sonderverträge in Ministerbüros](#)

Die SPÖ kritisiert den Anstieg der genehmigungspflichtigen Sonderverträge seit Antritt der ÖVP-FPÖ-Regierung. Laut einer Anfragebeantwortung an die Abgeordnete Angela Lueger genehmigte Beamtenminister Heinz-Christian Strache (FPÖ) bisher 268 neue Sonderverträge, die vom regulären Vertragsbedienstetengesetz abweichen. Der Großteil davon betrifft Mitarbeiter der Ministerbüros.

Zulässig sind Sonderverträge „in Ausnahmefällen“ (Paragraf 36 Vertragsbedienstetengesetz) – und zwar entweder mit Einzelgenehmigung durch den zuständigen Beamtenminister oder mit einer generellen Genehmigung, wenn eine entsprechende Richtlinie vorliegt.

Derartige Richtlinien gibt es unter anderem für Ärztinnen und Ärzte bei Heer, Polizei und Justiz, für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Polizeischülerinnen und -schüler, wobei der Großteil der Sonderverträge auf die Exekutive und auf den Bildungsbereich entfällt.

Teils sehr gut dotiert

Per 1. Jänner 2019 waren es der Anfragebeantwortung zufolge insgesamt 7.841 Sonderverträge – um 435 mehr als noch vor einem Jahr. Eine Einzelgenehmigung des zuständigen Ministers Strache war bei 268 neuen Verträgen nötig. Davon betreffen die allermeisten Dienstverträge in den Ministerbüros (200), in sonstigen Stabsstellen und „Thinktanks“ der Regierung (zwölf) sowie in den Generalsekretariaten (vier).

Teilweise erreichen die jeweiligen Mitarbeiter durchaus beachtliche Einkommen: 496 Mitarbeitern bringt ihr Sondervertrag mehr als 6.000 Euro, weitere 160 verdienen über 8.000 Euro – davon 93 im Verteidigungs- und 46 im Bildungsministerium sowie acht im Kanzleramt und sieben in Straches Beamtenministerium.

Lueger erinnert Strache und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) angesichts dieser Zahlen daran, dass sie ursprünglich „Sparen im System“ angekündigt hatten. Davon könne nun keine Rede mehr sein, kritisiert die SPÖ-Abgeordnete: „Unter Türkis-Blau ist die Zahl hoch bezahlter Posten in Ministerbüros hinaufgeschneilt.“

[Read more ... SPÖ kritisiert Anstieg der Sonderverträge in Ministerbüros](#)

2019-02-19 15:29

[FSG-Wimmer: Regierungspfuscher zum Karfreitag ist nächster Kniefall vor Industrie](#)

Arbeitgeberseite bestimmt weiter Regierungspolitik, FPÖ verrät erneut ArbeitnehmerInnen

Der Karfreitag soll nun zu einem halben Feiertag werden. Das bedeutet für jene, die bisher Anspruch auf einen gänzlich freien Tag hatten und alle anderen, die aufgrund dieses EuGH-Urteils Anspruch gehabt hätten, weniger Freizeit. Wie schon bei der 60-Stunden-Woche oder bei der Zerstörung der Sozialversicherung gibt die Wirtschaft die Richtung für die Regierungspolitik vor.

Die Industriellenvereinigung hält weiterhin die Zügel fest in der Hand, kritisiert Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB: "Der nächste Regierungspfuscher wird zum Gesetz. Die Arbeitgeberseite bestimmt weiterhin die Bundespolitik und die selbsternannte 'soziale Heimatpartei' verrät einmal mehr die ArbeitnehmerInnen. Geht es um Wünsche der Industrie, werden diese Länge mal Breite umgesetzt. Geht es um Interessen der ArbeitnehmerInnen, gibt es nur Minimallösungen."

Die FSG fordert weiterhin, dass der Karfreitag ein ganzer Feiertag für alle wird. „Österreichs ArbeitnehmerInnen arbeiten hart und viel. Es wäre daher mehr als fair, dass sich die Regierung endlich auch für die ArbeitnehmerInnen einsetzt. Zumal sich die Wirtschaft einen ganztägigen freien Karfreitag für alle leisten kann. Dies zeigen Berechnungen der Wirtschaftsforscher ganz eindeutig. Aber Fairness ist für Schwarz-Blau kein politisches Ziel, die ArbeitnehmerInnen schauen bei dieser halbherzigen Umsetzung des EuGH-Urteils erneut durch die Finger“, sagt Wimmer.

[Read more ... FSG-Wimmer: Regierungspfuscher zum Karfreitag ist nächster Kniefall vor Industrie](#)

2019-02-18 13:58

[Ökostromgesetz: SPÖ erzürnt über ÖVP-Inserat in Zeitung](#)

Der Streit zwischen Regierung und SPÖ über die Novelle des Ökostromgesetzes geht in die nächste Runde. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda übte heute scharfe Kritik an einem Inserat des ÖVP-

Parlamentsklubs in der „Kronen Zeitung“ (Montag-Ausgabe), in dem es heißt: „Österreich ist gegen Atomstrom – Nur die SPÖ nicht. SPÖ vernichtet tausende Arbeitsplätze.“

Gegen diese „kreditschädigenden Aussagen“ werde sich die SPÖ juridisch zur Wehr setzen und auf Widerruf und Unterlassung klagen, kündigte Drozda in einer Aussendung an. Zudem wird eine Gegendarstellung durch die ÖVP gefordert.

Vergangene Woche scheiterte die Novelle des Ökostromgesetzes im Bundesrat aufgrund der Ablehnung der SPÖ. Für das Gesetz wäre eine Zweidrittelmehrheit nötig gewesen. Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) will nun die Verlängerung der Förderung für 47 bedrohte Biomasseanlagen einfachgesetzlich machen, ohne dass Zweidrittelmehrheiten in National- oder Bundesrat nötig sind.

[Read more ... Ökostromgesetz: SPÖ erzürnt über ÖVP-Inserat in Zeitung](#)

2019-02-16 18:12

Ökostrom-Streit: Regierung umgeht SPÖ

Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) plant eine einfachgesetzliche Regelung für die Verlängerung der Ökostromförderung für die von einer Schließung bedrohten 47 Biomasseanlagen. Die Regierung umgeht damit die SPÖ, die im Bundesrat das Ökomstromgesetz zuvor zu Fall gebracht hatte. Die SPÖ ist empört.

Mit dem nun gewählten Weg eines Grundsatzgesetzes braucht die Regierung keine Zweidrittelmehrheit im National- und Bundesrat, der Protest der SPÖ läuft somit ins Leere. Köstinger sagte Freitagnachmittag vor Journalisten, bis Anfang März solle der Entwurf für ein Biomasse-Grundsatzgesetz vorliegen, das dann auch in Begutachtung gehen solle.

Zu diesem bundesgesetzlichen Rahmen sollen dann die neun Bundesländer jeweils Ausführungsgesetze beschließen. Die Ministerin geht davon aus, dass auch SPÖ-dominierte Länder wie Wien das tun werden, denn Wien sei mit seinem Kraftwerk Simmering einer der Hauptprofiteure.

Duales Gesetzesverfahren

Grundlage für die neu gewählte Konstruktion ist der Artikel 12 des Bundesverfassungsgesetzes, das für bestimmte Materien – unter anderem das Elektrizitätswesen – die Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung vorsieht. Dabei gibt der Bund als Gesetzgeber inhaltlich den Rahmen vor. Die Ausführungsbestimmungen sind den neun Ländern vorbehalten. Für den Beschluss eines solchen Grundgesetzes reicht sowohl im National- wie im Bundesrat die einfache Mehrheit.

Theoretisch darf der Bund dabei nicht ins Detail gehen. In der Praxis habe sich diese Form der dualen Gesetzgebung aber als problematisch erwiesen, wie Christoph Schramek vom Institut für Föderalismus bereits 2017 erläuterte. Die letzte SPÖ-ÖVP-Koalition hatte sich daher die Abschaffung und damit verbunden eine Kompetenzbereinigung oder aber die Einführung eines anderen Mechanismus zum Ziel gesetzt. Laut SPÖ hat die ÖVP-FPÖ-Koalition das Vorhaben in ihr Programm übernommen.

Köstinger will rasche Umsetzung

Die Neuregelung, also die Verlängerung der Förderung dieser von der Schließung bedrohten Biomasseanlagen, soll laut Köstinger so rasch wie möglich in Kraft treten. Geplant ist, dass 47 Anlagen für weitere drei Jahre 140 bis 150 Mio. Euro Hilfe erhalten sollen. Die SPÖ hatte am Donnerstag im Bundesrat den erforderlichen Zweidrittelbeschluss dafür verhindert. Experten seien bereits kontaktiert worden.

Dass es bei der bisher geplanten Neuregelung keine Begutachtung gegeben habe, liege daran, dass es sich nur um eine dreijährige Verlängerung eines bestehenden Gesetzes gehandelt habe. Vorwürfe der SPÖ, sie sei nicht zeitgerecht über das Reformvorhaben in Kenntnis gesetzt worden, wies die ÖVP-Ministerin zurück: „Seit Anfang Dezember hatte die SPÖ den Entwurf. Die Fakten liegen seit Langem auf dem Tisch.“ ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer setzte nach und warf der SPÖ einmal mehr eine „sture und und mutwillige Blockade“ vor.

„Was soll sich geändert haben?“

Nachverhandlungen, wie sie die SPÖ auch Freitagnachmittag noch wollte, seien überflüssig: „Was soll sich seit Donnerstag geändert haben?“, so Köstinger. Tarife ins Gesetz hineinzuschreiben, sei ein Fehler, der früher ein einziges Mal passiert sei. Am neuen Entwurf für die Übergangsregelung werde schon intensiv gearbeitet.

Seitens der Bundesländer habe man schon positive Signale für die Ausführungsgesetze. Köstinger deutete an, dass sie auch davon ausgeht, dass das rot-grün regierte Bundesland Wien ein solches Ausführungsgesetz beschließen wird, da es um eine millionenschwere Förderung für das Kraftwerk Simmering gehe.

Der Biomasse-Verband begrüßte am Freitag die Interimslösung, mit der die vom Tarifende betroffenen Biomassekraftwerke bis zum Inkrafttreten des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) in Betrieb gehalten werden sollen. Die 47 Anlagen für feste Biomasse fallen schrittweise, schon seit 2017, bis inklusive heuer aus der Förderung.

Für Land Niederösterreich „lebensnotwendig“

Niederösterreichs Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf (ÖVP) begrüßte die von seiner Parteikollegin Köstinger am Freitag präsentierte Ökostromlösung. „Sonst hätten Holzkraftwerke schließen und im Gegenzug Strom aus Atomkraft und Kohle importiert werden müssen. Wir begrüßen daher alles,

was unsere blau-gelbe Energiewende unterstützt“, sagte Pernkopf.

Die Verlängerung der Fördertarife ist den Angaben zufolge für die Zukunft von 14 der insgesamt 29 Biomassekraftwerke in Niederösterreich „von lebensnotwendiger Bedeutung“, sie sichern 1.300 Arbeitsplätze. Köstinger hatte – für ganz Österreich – in der Pressekonferenz von 6.400 Jobs gesprochen, um die es gehe, natürlich bezogen auf die gesamte Wertschöpfungskette, so die Ministerin.

SPÖ: „Juristische Brechstange“

„Not amused“ zeigte sich die von der ÖVP ausgebootete SPÖ. „Die ÖVP packt jetzt die juristische Brechstange aus und hebt demokratische Beschlüsse des Parlaments aus, nur um nicht mit der SPÖ reden zu müssen“, kritisierte SPÖ-Vizeklubobmann Jörg Leichtfried. Dafür hole man ein Grundsatzgesetz gemäß Verfassungsartikel 12 „aus der juristischen Rumpelkammer“, das laut schwarz-blauem Regierungsprogramm eigentlich abgeschafft werden solle, so Leichtfried.

Köstinger hatte dazu gemeint, sie wisse ja nicht, ob die SPÖ bei einer Artikel-12-Änderung mitmache oder nicht vielleicht auch blockiere. Deshalb wolle man die Biomasseförderung nun in einfachgesetzlichen Kontext stellen.

[Read more ... Ökostrom-Streit: Regierung umgeht SPÖ](#)

2019-02-12 09:09

FSG-Kniezanrek zu Februargedanken: Demokratie nicht selbstverständlich nehmen

Ernst der Lage wurde schon einmal unterschätzt

„Zu sehr hat man sich seinerzeit darauf verlassen, dass die Situation nicht vollends eskalieren würde. Zu lange hat man angesichts der rechten Gefahr darauf vertraut, dass sich die radikalen Kräfte beruhigen und beherrschen ließen“, sagte heute, Dienstag, der Bundesgeschäftsführer der FSG in der Gewerkschaft younion, Erich Kniezanrek, anlässlich der Gedenken an die historischen Ereignisse um den 12. Februar 1934.

„Wer die Demokratie selbstverständlich nimmt, gefährdet ihre Existenz“, warnte Kniezanrek. Wenn heute politische Kräfte die Menschenrechte in Frage stellen, den Sozialstaat attackieren und einen Keil in die Gesellschaft zu treiben versuchen, ist entschlossener Widerstand die einzige mögliche Antwort.

„Wir haben unsere Lektion aus der Geschichte gelernt. Mit dem Extremismus gibt es keine Verhandlungen, keine Kompromisse und kein friedliches Zusammenleben. Wir werden nicht zulassen, dass unser Land und mit ihm Europa von einer unverantwortlichen Politik destabilisiert wird. Wir

gedenken heute der Opfer des Februars 1934. Aber unser Blick ist nach vorn gerichtet, genügend Aufgaben sind zu bewältigen“, schloss Kniezanrek.

[Read more ... FSG-Kniezanrek zu Februargedenken: Demokratie nicht selbstverständlich nehmen](#)

2019-01-29 18:32

[SPÖ lässt Generalsekretäre prüfen](#)

Die SPÖ beantragt beim Rechnungshof eine Prüfung der mächtigen Generalsekretäre in den Ministerien. Sie sind in dieser generalisierten Form eine Erfindung der ÖVP-FPÖ-Regierung. Laut Berechnungen der SPÖ belaufen sich die direkten Kosten für die elf Generalsekretariate auf rund 5,5 Millionen Euro jährlich, berichtet „Die Presse“ heute.

Die Kosten würden sich durch komplizierte Abläufe und Verlängerungen von Entscheidungen noch einmal um 3,9 Millionen Euro erhöhen, so die SPÖ-Rechnung. „Alle Generalsekretariate zusammen kosten den Steuerzahler im Jahr 9,5 Millionen Euro“, heißt es im Prüfansuchen.

An der Einrichtung der Generalsekretariate gab es von Anfang an Kritik: Die hoch dotierten Posten wurden nicht ausgeschrieben, weder intern noch extern. Weiters haben die Generalsekretäre eigene Büros eingerichtet – ihnen ist weiteres Personal zugeteilt.

[Read more ... SPÖ lässt Generalsekretäre prüfen](#)

2019-01-28 19:48

[ÖVP und FPÖ gegen Fairnessabkommen mit SPÖ](#)

ÖVP und FPÖ zeigen keine Lust auf ein Fairnessabkommen mit der SPÖ zum EU-Wahlkampf

Sie schlugen das Angebot von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda heute aus. Als Begründung für

ihre Ablehnung führten Generalsekretär Karl Nehammer (ÖVP) und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky den „Silberstein“-Nationalratswahlkampf unter Ex-SPÖ-Chef Christian Kern an.

Die jetzige Parteichefin Pamela Rendi-Wagner „sollte sich vom Schatten der Silberstein-Kern-Vergangenheit lösen“ – und einmal aufklären, wofür „der Erfinder der Anti-Soros-Kampagne“ 44.000 Euro bekommen habe. Solange Rendi-Wagner sich davon nicht löse, sei sie unglaublich. Damit wäre es „scheinheilig“, wenn die SPÖ ein Fairnessabkommen vorschlägt, so Nehammer in einer Stellungnahme.

FPÖ fordert Silberstein-Bericht

Vilimsky wiederum forderte in einer Aussendung die Veröffentlichung des versprochenen Berichts zum „SPÖ-Silberstein-Skandal“. Er deponierte zudem die Überzeugung, dass Drozda als engster Vertrauter Kerns „einer der Masterminds im Dirty Campaigning von Tal Silberstein gegen die politischen Mitbewerber gewesen ist“. Bis zur lückenlosen Aufklärung des „roten Dirty-Campaigning-Skandals“ sei es „müßig, mit Drozda über ein Fairnessabkommen zu reden“.

NEOS, Jetzt rufen nach Sparsamkeit

„Verwundert“ über den „Fairnessstreit“ von ÖVP, FPÖ und SPÖ zeigte sich NEOS. Deren Generalsekretär Nick Donig hält – auch angesichts der Überschreitungen von ÖVP und FPÖ – raschere und transparentere Informationen über Wahlkampfspenden und -kosten für nötig und kündigt deshalb einen Vorstoß dazu während des Wahlkampfes an. Die „alteingesessenen Parteien“ würden schon über das Thema Fairness streiten, anstatt sich um Transparenz, Fairness und einen sparsamen Wahlkampf zu bemühen.

Peter Pilz wertet das Fairnessabkommen positiv. Der Jetzt-Mandatar forderte aber auch, dass die Obergrenze für die Wahlkampfkosten (sieben Mio. Euro) halbiert werde und „saftige Strafen“ bei Überschreitung drohen. Bei einer zehnpromzentigen Überschreitung sollte als Strafe das Doppelte der Ausgaben zu zahlen sein, so Pilz. Er kritisierte hier vor allem die ÖVP, die bei der Nationalratswahl die Grenze weit überschritten hatte.

[Read more ... ÖVP und FPÖ gegen Fairnessabkommen mit SPÖ](#)

2019-01-28 19:37

Rote Gewerkschafter schließen Josef Hübner aus

Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (FSG-GÖD) hat heute Josef Hübner ausgeschlossen. Hübner, Bundesvorsitzender der FSG-GÖD in der Post-Hoheitsverwaltung, hatte in offenen Briefen die Politik der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ gelobt und die Wiener SPÖ attackiert. Den Chef der Postgewerkschaft hatte er im Vorjahr wegen Verhetzung angezeigt.

Der Ausschluss sei im Bundesvorstand der FSG-GÖD einstimmig und mit sofortiger Wirkung beschlossen worden, hieß es in einer Aussendung.

Hübner sei in der Vergangenheit mehrfach auf sein im Widerspruch zu den Aufgaben und Zielen der FSG-GÖD stehendes Verhalten hingewiesen worden und es ein statutenkonformes Auftreten eingefordert worden. Dennoch habe er weiter ohne beschlussmäßige Deckung durch die zuständigen Organe seine Meinungen namens der FSG-GÖD öffentlich verbreitet. „Er hat damit ein Verhalten gesetzt, das dem Vereinszweck bzw. dem Ansehen des Vereins FSG-GÖD zuwiderläuft und somit gegen die Statuten des Vereins verstoßen“, wurde erklärt.

[Read more ... Rote Gewerkschafter schlossen Josef Hübner aus](#)

2019-01-27 12:11

[Familienbeihilfe: EU-Kommissarin weist Kritik aus Wien zurück](#)

EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen hat die Kritik der österreichischen Regierung in Sachen Familienbeihilfe zurückgewiesen. „Ich freue mich klarzustellen, dass die Kommission in keiner Weise gegen eine Steuerreduzierung für Österreichs Familien auftritt“, erklärte Thyssen heute. Sie sei sehr für einen Familienbonus, „aber er muss für alle EU-Bürger gelten, die Steuern und Sozialbeiträge in Österreich zahlen“.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) hatten zuletzt erklärt, der Familienbonus sei eine steuerliche Entlastung und keine Sozial- oder Transferleistung. Somit steht aus Sicht der Regierung außer Streit, dass der Bonus rechtens sei und von der EU keinesfalls infrage gestellt werden könne. Kurz sagte, Brüssel habe „massiven Erklärungsbedarf, wenn sie uns eine Steuerentlastung im Ausmaß von 1,5 Mrd. Euro für Österreichs Familien und alle, die arbeiten, nicht zulassen wollen“.

[Read more ... Familienbeihilfe: EU-Kommissarin weist Kritik aus Wien zurück](#)

2019-01-22 11:11

Gewerkschaft begrüßt Bildungsinitiative von AK und Stadt Wien – blauer Widerstand dagegen „ist nicht von dieser Welt“

„Die Wiener ArbeitnehmerInnen machen sich fit für eine digitale Zukunft mit all ihren Chancen und Herausforderungen. Jede Initiative zu ihrer Unterstützung findet unsere ungeteilte Unterstützung“, stellte der Vorsitzende der Wiener FSG, Christian Meidlinger heute, Dienstag, klar.

3.000 Wienerinnen und Wiener sollen alleine heuer von Förderungsmaßnahmen vor allem in den Bereichen EDV-Grundlagen bis hin zu Datensicherheit oder Social Media profitieren. Pro Person sind Förderungen bis zu 5.000 Euro möglich. „AK und Stadt stellen für das Projekt Digi-Winner insgesamt 5 Millionen Euro bereit. Wie man sich gegen dieses Paket stellen kann, ist absolut unverständlich“, erklärte Meidlinger – und übte scharfe Kritik am Obmann der freiheitlichen Arbeitnehmer, Bernhard Rösch. „Seine Stimme im waff – Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds - gegen die digitale Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern lässt sich mit keinen Argumenten, keiner Logik oder Zuhilfenahme des gesunden Menschenverstandes nachvollziehen. Der blaue Widerstand gegen ein Zukunftsprojekt in Zeiten des digitalen Wandels ist ganz einfach nicht von dieser Welt“, schloss Meidlinger.

„Die Ablehnung der Wiener Bildungsinitiative passt allerdings in das von der Bundesregierung vorgelebte Bild“, betonte Meidlinger. Während Türkis-Blau in den Schulen und bei sozialer Absicherung den Sparstift ansetzt, nehmen die ArbeitnehmerInnenvertretungen Geld in die Hand, um die Interessen der Beschäftigten zu verteidigen und die Zukunft abzusichern.

„Über fünf Jahre fließen allein bei der AK 150 Millionen Euro zur Weiterbildung von Beschäftigten, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung von Arbeitsbedingungen. 150.000 Jugendliche erhalten Bildungsberatungs-Angebote. Auch in den Bereichen Pflege und Wohnrechtsberatung wird weiter investiert. Voraussetzung dafür ist freilich, dass die finanziellen Voraussetzungen dafür aufrecht erhalten und die Beiträge nicht gekürzt werden“, schloss Meidlinger.

[Read more ... FSG-Meidlinger: ArbeitnehmerInnen machen sich fit für digitale Zukunft](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [3](#)
- [4](#)
- [5](#)
- [6](#)

- [7](#)
- 8
- [9](#)
- [Next](#)